

Niederschrift

über die Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung

der Stadt Lindenfels

am Donnerstag dem 16. Juni 2011, 20.00 Uhr

im Kursaal des Haus des Gastes (Bürgerhaus) Lindenfels Kernstadt, Burgstr. 36.

Die Sitzung wurde einberufen mit folgender

Tagesordnung

Teil I

1. Magistratsbericht
2. Anfragen und Mitteilungen

Teil II

3. Sanierung des Parkhauses Lindenfels Kernstadt Nibelungenstraße 49 – 55 –
1. Bauabschnitt
hier: außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung des städt. Anteils
4. Antrag der SPD-Fraktion betr.: Nutzung von Windenergie in der Gemarkung
Lindenfels
5. Informationen zum Sachstand Breitbandverkabelung
6. Beratung über die Sitzordnung und Tagungsorte der Stadtverordneten-
versammlung

- Seite 2 -

zur Sitzungsniederschrift der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2011

Anwesend: Stadtverordnetenvorsteher Rudi Schmidt, LWG/CDU
Stadtverordneter Klaus Peter Stricker, LWG/CDU
Stadtverordneter Peter Bitsch, LWG/CDU
Stadtverordneter Reinhard Bitsch, LWG/CDU
Stadtverordneter Georg Bumann, LWG/CDU
Stadtverordneter Jürgen Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Thomas Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Alfons Moritz, LWG/CDU
Stadtverordneter Rangold Richter, LWG/CDU
Stadtverordneter Peter Riebel, LWG/CDU
Stadtverordneter Barbara Roth, LWG/CDU
Stadtverordnete Alexander Schneider LWG/CDU
Stadtverordneter Alexander Strohmenger, LWG/CDU
Stadtverordneter Stefan Ringer, SPD
Stadtverordnete Ingrid Bauer, SPD
Stadtverordneter Thomas Bauer, SPD
Stadtverordneter Dirk Dins, SPD
Stadtverordnete Beate Gammelin, SPD
Stadtverordneter Heiko Grieser, SPD
Stadtverordnete Judith Kindinger, SPD
Stadtverordneter Maximilian Klöss, SPD
Stadtverordneter Gebhard Nickles, SPD
Stadtverordneter Lutz Pfeffer, SPD
Stadtverordneter Harald Stanka, SPD
Stadtverordneter Ingo Thaidigsmann, SPD
Stadtverordneter Jochen Ruoff, Bündnis 90/ Die Grünen
Stadtverordneter Jürgen Erhardt, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Marine Herve`, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Martin Krey, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Dr. Siegfried Schwarzmüller, Bündnis 90/
Die Grünen (Nachrücker)
Stadtverordneter Dieter Adolph, FDP

Vom Magistrat: Bürgermeister Oliver Hoepfner
1. Stadtrat Otto Schneider, SPD
Stadtrat Peter Gehrisch, LWG/CDU
Stadtrat Werner Hunkeler, SPD
Stadtrat Gerhard Scheerer, SPD
Stadtrat Heiner Wider, LWG/CDU
Entschuldigt: Stadtrat Ralf Löffler, Bündnis 90/Die Grünen

Schriftführerin: Ingrid Ripper

Zuhörer: 12 Zuhörer

zur Sitzungsniederschrift der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig versammelt ist, und dass damit die zu fassenden Beschlüsse rechtsgültig zustande kommen.

Weiter richtete der Vorsitzende an die Stadtverordneten, die anwesenden Magistratsmitglieder und Angehörigen der Verwaltung die Frage, ob bei Beratungen irgend einer der auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten Widerstreit der Interessen nach § 25 der Hessischen Gemeindeordnung vorliegt. Es wurde festgestellt, dass dies nicht der Fall ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtverordneter Ringer, SPD, den Antrag, die nachstehend genannten zwei Initiativanträge auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu nehmen

- a) Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen betr.: Standort Luisenkrankenhaus Lindenfels
- b) Gemeinsamer Antrag der SPD- Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Abschalten der Atomkraftwerke insbesondere Biblis A und B

sowie Änderung der Tagesordnung in folgender Reihenfolge:

1 und 2 bleiben bestehen.

- 3. Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen betr.: Standort Luisenkrankenhaus Lindenfels
- 4. Sanierung des Parkhauses Lindenfels Kernstadt Nibelungenstraße 49 – 55-1. Bauabschnitt –
hier: außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung des städt. Anteils
- 5. Antrag der SPD-Fraktion betr.: Nutzung der Windenergie in der Gemarkung Lindenfels
- 6. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
betr.: Abschalten der Atomkraftwerke insbesondere Biblis A und B
- 7. Information zum Sachstand der Breitbandverkabelung

Der ehemalige TOP 6) Beratung über die Sitzordnung und Tagungsorte der Stadtverordnetenversammlung wird abgesetzt.

Abstimmung: 31 dafür 0 dagegen, 0 Enthaltung

1. Magistratsbericht

Laut Bürgermeister Hoepfner beträgt der Kassenkredit aktuell 5 Mio €, Zinssatz 0,44 % (für zwei Monate). Er gibt einen Sachstandsbericht zum Standorterhalt des Luisenkrankenhauses in Lindenfels und über die geführten und noch vorgesehenen Gespräche. Des Weiteren ist eine Bürgerversammlung in Vorbereitung. Die Energie-Genossenschaft Starkenburg hat Kontakt mit der Stadt aufgenommen, weitere Vorgehensweisen, wie Kontakt mit der Bevölkerung, sind von deren Seite in Vorbereitung. Die Veröffentlichungen von Satzungen etc. auf der Homepage der Stadt sind weiter in Arbeit.

2. Anfragen und Mitteilungen

- a) Nachfrage zum Magistratsbericht bezüglich der Höhe des Kassenkredits Stadtverordneter Ringer, SPD. Der Kassenkredit beläuft sich lt. Aussage des Bürgermeisters auf 5 Mio €.

- b) Der Kreis habe zur interfraktionellen Zusammenarbeit der Kommunen eingeladen. Frage von Stadtverordneter Ringer, SPD, ob die Stadt daran teilnimmt. Bürgermeister Hoepfner teilt mit, ihm sei nicht bekannt, dass die Stadt eine Einladung erhalten habe.

- c) Stadtverordneter Thomas Bauer, SPD, fragt, wann beabsichtigt sei, nach dem Ausbau der Kappstraße eine Regelung für den ruhenden Verkehr zu treffen. Man sollte in nächster Zeit die Markierungen anbringen. Gleichzeitig ergeht der Hinweis, die Fahrbahnmarkierung in der oberen Burgstraße vor dem Anwesen eines Grundstückseigentümers wieder zu entfernen, da dieser Probleme habe, aus seinem Grundstück zu fahren. Bürgermeister teilt mit, dass beabsichtigt sei, die Fahrbahnmarkung in der oberen Burgstraße zu entfernen.

3. Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen betr.: Standort Luisenkrankenhaus Lindenfels

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Lindenfels wird sich mit allen demokratischen Mitteln dafür einsetzen, dass das Luisenkrankenhaus am Standort Lindenfels

zur Sitzungsniederschrift der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2011

verbleibt. Der Magistrat wird beauftragt, alles im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Erhalt des Krankenhauses am Standort Lindenfels zu unternehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung initiiert gemeinsam mit dem Magistrat in einem ersten Schritt folgende Aktivitäten:

1. Neukonstituierung der Gesundheitskommission zur Begleitung der anstehenden Diskussionen mit den unterschiedlichen Akteuren
2. Eine Unterschriftenaktion der Lindenfelser Bevölkerung und der Besucher des Krankenhauses
3. Ansprache von Kreis- und Landespolitikern, um auf die Bedeutung des Krankenhauses für die Stadt Lindenfels aufmerksam zu machen und zu werben.
4. Öffentliche Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger unter Einbeziehung von Agaplesion

Die Stadtverordneten der Stadt Lindenfels werden in den kommenden Monaten alle Möglichkeiten nutzen, um für den Standort Lindenfels zu kämpfen.

Abstimmung: 31 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

- 4. Sanierung des Parkhauses Lindenfels Kernstadt Nibelungenstraße 49 – 55 –
1. Bauabschnitt
hier: außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung des städt. Anteils**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 24.000 € für zur Finanzierung des städtischen Anteils für die Durchführung des 1. Bauabschnitts der Sanierung des Parkhauses Nibelungenstraße 49 – 55 zuzustimmen.

Abstimmung: 30 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

5. Antrag der SPD-Fraktion

betr.: Nutzung von Windenergie in der Gemarkung Lindenfels

Es liegen weiterhin vor, 1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie 2 Änderungsanträge der LWG/CDU-Fraktion.

Stadtverordneter Ringer, SPD, bittet um Sitzungsunterbrechung (20.39 Uhr), um im Gespräch aller Fraktionen evtl. einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung, die danach um 20.50 Uhr fortgesetzt wird. Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend Schritte einzuleiten sowie eine Energie-Kommission (nach § 72 HGO) zu bilden mit dem Ziel, Konzepte zur Nutzung erneuerbarer Energien in der Gemarkung Lindenfels zu entwickeln und dafür Flächen auszuweisen. Dazu zählen u. a. Dachflächen für Solarenergie und Flächen für Windkraft und Biogas-Anlagen. Weiterhin sind Vorschläge zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude zu erarbeiten.

Die Ergebnisse sollen auf einer Bürgerversammlung bis zum 31.12.2011 vorge-tragen und diskutiert werden.

Parallel dazu sollen Kontakte zur HSE und anderen Energieanbietern aufgenommen werden. Dies mit dem Ziel sicherzustellen, dass Lindenfels an den zu erwartenden Zuschüssen für erneuerbare Energie partizipiert.

Die Besetzung der Kommission gemäß § 72 der HGO soll ergänzend um ein Mitglied aus dem Bereich des Gewerbevereines, ein Mitglied der Initiative Mahnwache für erneuerbare Energien und gegen Atomkraft in Lindenfels und einem Mitglied aus dem Bereich der Lindenfelser Sportvereine erfolgen.

Die Kommission wird ferner beauftragt mit z.B. der Energiegenossenschaft Starkenburg sowie der Energiegenossenschaft Odenwald eG.

Informationsgespräche bis zum 30.09.2011 mit dem Ziel einer möglichen Gründung einer Energiegenossenschaft zu führen und in der Stadtverordneten-sitzung am 6.10.2011 entsprechend vorzustellen.

Abstimmung: 30 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltung

In die Kommission werden von den Fraktionen benannt:

LWG/CDU

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Strohmenger

Dr. Siegfried Schwarzmüller

Die SPD-Fraktion meldet ihren Stadtverordneten nach.

6. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

betr.: Abschalten der Atomkraftwerke insbesondere Biblis A und B

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Lindenfels fordert die Verantwortlichen in Bund und Land auf, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um alle Atomkraftwerke in Deutschland so schnell wie möglich abzuschalten. Insbesondere Biblis A und B sollen unwiderruflich nicht wieder ans Netz genommen werden. Auf jegliche Stand By-Schaltung (Kalt-Reserve) soll verzichtet werden. Die Restmengenlaufzeit ist gesetzlich zu regeln, um das aktuell für 2022 festgelegte Ausstiegsdatum einzuhalten. Auf eine geordnete umweltverträgliche und sozial gerechte Entsorgung, bei Kostenübernahme durch die Betreiber ist dabei besonderer Wert zu legen.

Abstimmung: 20 dafür, 1 dagegen, 10 Enthaltungen

7. Informationen zum Sachstand der Breitbandverkabelung

Herr Passlak, beauftragt von der Wirtschaftsförderung Bergstraße, berichtet mit Beamer-Präsentation über den Sachstand, das Verfahren mit Abwicklung der von 10 Kommunen des Weschnitztales – Überwald darunter Lindenfels unter Federführung der Wirtschaftsförderung betriebenen gemeinsamen Breitbandverkabelungen der Kommunen.

Die Präsentation liegt in Form einer CD der Verwaltung vor und wird allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt schließt die Sitzung um 22.10 Uhr.

Schmidt
Stadtverordnetenvorsteher

Ripper
Schriftführerin